



Zukunft braucht Investitionen

Geplante Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 gefährden die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe

Der Kinder- und Jugendplan (KJP) ist *das* zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. Die Bundesregierung plant, im kommenden Jahr das KJP-Budget um 44,6 Mio. € zu reduzieren. Das bedeutet eine Kürzung von 18,6 %.

Es ist uns unverständlich, dass ausgerechnet in einer Zeit, in der junge Menschen verstärkt Unterstützung und Orientierung benötigen, die Mittel in der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt werden. Dabei geht es um essenzielle Strukturen, wie z.B. Jugendsozialarbeit, die Kindertagespflege oder Hilfen für Eltern. Viele junge Menschen kämpfen zudem nach wie vor mit den Folgen der Corona-Pandemie. Während dieser Zeit haben Kinder und Jugendliche große Solidarität gezeigt, um andere zu schützen. Dass ihre Bildungs- und Entwicklungschancen durch die geplanten Kürzungen nun eingeschränkt werden sollen, ist für uns nicht hinnehmbar.

Auch die Strukturen der Jugendverbandsarbeit werden maßgeblich durch den KJP finanziert. In den Jahren 2022 und 2023 wurden die Mittel für die Jugendverbandsarbeit aufgrund von Inflation, weltweiten Krisen und dem daraus resultierenden Mehrbedarf um 3 Mio. € aufgestockt. Diese sollen für das kommende Haushaltsjahr nun wieder zurückgenommen werden. Dabei verkennt die Bundesregierung, dass bereits eine Verstetigung der Mittel ohne Inflationsausgleich einer Kürzung gleichkommt, da Personal- und Sachkosten massiv angestiegen sind.

Die Bundesregierung nimmt in Kauf, Lern- und Lebensräume für junge Menschen einzuschränken, indem sie sich gegen die bedarfsgerechte Finanzierung der Strukturen von Jugend-

verbandsarbeit stellt. Daher fordern wir eine Rücknahme der Kürzungen und eine bedarfsgerechte Verstetigung der Mittel.

Jugendverbände bilden die Basis der demokratischen Zivilgesellschaft

Der KJP ermöglicht das demokratische Engagement von rund 6 Millionen Kindern und Jugendlichen in Jugendverbänden. In der Kolpingjugend engagieren sich fast 35.000 Kinder und Jugendliche. Dabei lernen sie, was es braucht, um Demokratie zu gestalten und übernehmen zudem in demokratisch gewählten Gremien und Organen Verantwortung. Die geplanten Kürzungen gefährden dieses Engagement und verkennen gleichzeitig die Vielzahl an Aufgaben, die Akteur*innen der Jugendverbandsarbeit übernehmen.

In der Kolpingjugend sind wir bereits als junge Menschen Partner*innen in der Bewältigung vieler gesellschaftlicher Herausforderungen: Armutsbekämpfung, Inklusion, Digitalisierung, Demokratiebildung und ökologische Transformation. Wir unterstützen junge Menschen in ihrer persönlichen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung, sowohl in der Jugendarbeit vor Ort als auch im internationalen Austausch.

Die Entwicklung junger Menschen braucht zuverlässige Strukturen und Angebote

Die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind maßgebliche Unterstützer*innen in der Lebensbewältigung und persönlichen Entwicklung junger Menschen sowie in der Förderung von Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit. Anstatt diese Strukturen zu schwächen, braucht es im Sinne

der Chancengerechtigkeit eine sichere Finanzierung.

Auch das mehrheitlich ehrenamtliche Engagement der Jugendverbände ist auf feste Strukturen angewiesen: Hauptamtliche Fachkräfte auf Bundesebene geben Halt und vertreten die Interessen von Kindern und Jugendlichen in der Bundespolitik. Sie garantieren eine qualifizierte fachliche Begleitung junger Menschen und bestärken sie in ihrem Engagement im Verband und darüber hinaus.

Kürzungen reißen Loch in Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe

Die geplanten Kürzungen werden zu Löchern in der Finanzierung von Jugendverbandsarbeit und in der Konsequenz zu einem Personalabbau führen. Massiv gestiegene Sach- und Personalkosten sowie ein stetig wachsendes Aufgabefeld bedeuten, dass sich das Angebot von Jugendverbänden drastisch reduzieren wird oder ganze Trägerstrukturen verschwinden werden. Gleiches gilt für die anderen Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe.

Mit den aktuellen Sparplänen riskiert die Bundesregierung, dass wichtige zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die maßgeblich zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zur demokratischen Grundbildung und zu Bildungsgerechtigkeit beitragen, verschwinden. In Zeiten von rechtsextremistischen Gefährdungen, Fachkräftemangel und den immer noch nachwirkenden Folgen der Corona-Pandemie ein fatales Signal.

Daher fordern wir als Kolpingjugend:

1. Zukunft braucht Investitionen! Die Bundesregierung muss den Koalitionsvertrag einhalten, der eine bedarfsgerechte Ausstattung des Kinder- und Jugendplans des Bundes vorsieht. Wir brauchen jetzt Sicherheit, Stabilität und Perspektiven für junge Menschen

2. Die Verstetigung der Aufstockung für die Jugendverbandsarbeit aus den Haushaltsjahren 2022 und 2023
3. Eine jährliche Dynamisierung der Mittel für die Jugendverbandsarbeit, ausgehend von einer Verstetigung des Mittelaufwuchses, wie unter 2. benannt
4. Anerkennung der Bedürfnisse junger Menschen und Ihrer Selbstvertretungsorgane und Einbeziehung dieser in politische Entscheidungen

Beschlossen durch die Bundesleitung der Kolpingjugend Deutschland am 25 Juli 2023.